



WEM GEHÖRT DIE STADT?

EDITORIAL

INHALTSVERZEICHNIS

I. DIE UNTERNEHMERISCHE STADT:	
STANDORTPOLITIK UND WETTBEWERB.....	3
1. AUFWERTUNG.....	4
2. DIE STADT MIT DER NOTE A.....	6
3. GENTRIFIZIERUNG ALIAS VERDRÄNGUNG UND SEGREGATION.....	11
4. LITERATUR UND WEITERFÜHRENDE INFOS.....	19
II. ALLES FÜR'S IMAGE.....	
1. DER ENGE RAHMEN EINER POSTKARTE.....	22
2. VORVERLAGERUNG UND «PRÄVENTION».....	34
3. KONTROLLE UND ÜBERWACHUNG.....	38
4. LITERATUR UND WEITERFÜHRENDE INFOS.....	42
III. FAZIT.....	43

Die neoliberale Stadtentwicklung mit all ihren Ursachen, Folgen und Faktoren ist enorm vielschichtig und komplex. Es zeigt sich, dass Struktur und Implikationen einer nach neoliberalen Verständnis funktionierenden Stadt, eine enorme Gewaltanwendung meist struktureller Gewalt nach sich ziehen. Sei dies, dass unerwünschte Menschen systematisch schikaniert und vertrieben werden, immer mehr «störende» Verhaltensweisen kriminalisiert oder «gefährliche» Orte rund um die Uhr überwacht werden, und gewissen Menschen ein Zutritt sogar verboten wird.

Diese Broschüre versucht, einen Überblick über die brennendsten Themen zu geben, und hat keinesfalls irgendeinen Vollständigkeitsanspruch. Schlussfolgerungen aus diesen Texten gibt es so viele, wie es Menschen gibt, die diesen Text lesen werden – und dies ist auch gut so, denn eine Stadt und – im grösseren Kontext – eine Gesellschaft soll und muss pluralistisch sein, denn je mehr Menschen ihre Idee einbringen können, desto besser wird diese schlussendlich funktionieren. Platz für dein persönliches Fazit findest du am Ende dieser Broschüre.

WEM GEHÖRT DIE STADT?

Eine Auseinandersetzung mit der Aufwertungs- und Sicherheitspolitik in der aktuellen Stadtentwicklung.



1. AUFWERTUNG

Aufwertung ist als Schlagwort in aller Munde und wird von Politiker_innen offen als Ziel für städteplanerische Massnahmen genannt. (→) Rein sprachlich ist der Begriff «Aufwertung» positiv geprägt, denn er bezeichnet eine «Verbesserung» – ob Veränderung tatsächlich immer auch eine «Verbesserung» darstellt, sei dahingestellt. In der Planungssprache wird Aufwertung als ein neutraler, objektiver und rein technischer Vorgang verstanden. Als Vorbeugung von Abwertungstendenzen – was auch immer das sein mag – ginge es nicht zuletzt um die funktionale Optimierung eines Quartiers, um die Einbeziehung von Naherholungsgebieten und soziale Durchmischung. In der Realität sieht die Umsetzung jedoch anders aus. Faktisch geht es um den Ausbau so genannter «Standortvorteile» beziehungsweise den Abbau von «Standortnachteilen» und um das Verfolgen eines bestimmten Ziels: Dem Anziehen einer regen Privatwirtschaft und einer wohlhabenden Wohnbevölkerung – damit einher-

I. DIE UNTERNEHMERISCHE STADT: STANDORTPOLITIK UND WETTBEWERB

«Schön», «pulsierend», «kulturell», «vielfältig», «kreativ» und gleichzeitig «wirtschaftlich», «sauber» und «sicher» soll sie sein – die heutige Stadt. Und was nicht ist, muss werden: am besten alles auf einmal.

(→) «Die Schützenmatte am nordwestlichen Rand der Altstadt ist ein sehr zentral gelegener, optimal erschlossener und vielfältig genutzter Stadtraum von gesamtstädtischer Bedeutung. Ihre heutige Gestaltung entspricht aber nicht den Ansprüchen, welche an ein citynahes Gebiet gestellt werden. Es existiert ein breiter politischer Konsens, dass die Schützenmatte samt Umgebung aufgewertet werden soll. Die Vorstellungen über diese Aufwertung gehen jedoch stark auseinander.»

Auszug aus der Medienmitteilung der Informationsdienste der Stadt Bern, 13.02.2013:
Ein Nutzungskonzept für die Schützenmatte

(→) NEOLIBERALISMUS

Der Neoliberalismus ist eine Denkrichtung, welche an den Liberalismus des 19. Jahrhunderts anlehnt und sich seit den 80er Jahren in wirtschaftlichen, politischen wie auch sozialen Bereichen immer mehr durchsetzt. Primär muss der Staat dafür sorgen, dass der Handel sich frei und ungestört entfalten kann. «So etwas wie Gesellschaft gibt es nicht», sagte Margreth Thatcher. Jede_r ist für sich selbst verantwortlich, jede_r eine Ich-AG, deren Erfolg und Scheitern alleine in ihrer eigenen Verantwortung steht. Der Staat soll möglichst «schlank» gehalten werden. Seine Rolle wird auf den Schutz des Privateigentums und die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit reduziert. So etwas wie Sozialleistungen braucht es beispielsweise nicht zu geben, wer solche beansprucht hat sich in seiner Ich-AG verkalkuliert. Alle Bereiche des Lebens werden marktwirtschaftlichen Kriterien unterworfen.

gehend die zunehmende Verdrängung der weniger wohlhabenden Bevölkerungsschichten.

Ist «Aufwertung» ein städteplanerisches Ziel oder doch eher Mittel zum Zweck, beziehungsweise logische Konsequenz aus einer neoliberalen (→) Ausrichtung, welche auch die städtische Politik nach und nach erfasst hat? Mit der in den 1970er Jahren einsetzenden Wirtschaftskrise und der neoliberalen Restrukturierung, etablierte sich in Bezug auf die urbanen Räume eine neue Politik: Städte und Gemeinden wurden zum Beispiel wegen der Kürzung von Steuern immer mehr zu ökonomischem Handeln angehalten. Sie unterliegen zunehmend rein rechnerischen und betriebswirtschaftlichen Prinzipien, sollen wie Unternehmen den Gesetzen des

5

freien Marktes gehorchen und müssen für sich selbst aufkommen. Die Folgen davon sind ein zunehmendes Buhlen um Standortvorteile – und die Minimierung so genannter «Nachteile». Daraus entsteht ein weltweiter Wettbewerb zwischen Städten um Wirtschaftsstandorte, renommierte Bildungsstätten sowie potente Steuerzahler_innen. Doch was bedeutet das, wenn Städte zunehmend wie Unternehmen funktionieren und anziehend und rentabel sein müssen? Was sind die Folgen für die Menschen, die in diesen Städten wohnen?

2. DIE STADT MIT DER NOTE A

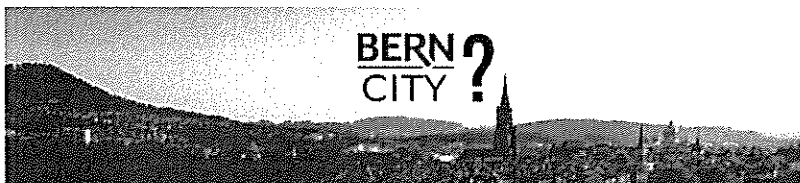
Die neoliberale Stadtentwicklung verlangt von einer Stadt, dass sie ökonomisch ansprechend gestaltet und entsprechend organisiert wird. Sie muss für den Wettbewerb mit anderen konkurrierenden Städten «fit» gemacht werden und soll so gleichermaßen attraktiv sein für den Tourismus, die Wirtschaft als auch für gutverdienende Bewohner_innen.

6



Tourismus ist Werbung und hohe Besucher_innenzahlen bringen Prestige. Daher soll die eigene Stadt im nationalen wie im internationalen Wettbewerb der Tourismusbranche möglichst gut abschneiden. Ein reger Tourismus wirkt sich positiv auf die Wirtschaft aus, die Gäste bezahlen für Übernachtungen und für Aktivitäten in der besuchten Stadt. Und weil Tourist_innen über ihren Besuch berichten, tragen sie auch zum Image einer Stadt bei. Dies aber nur, wenn vorgefunden wird, was versprochen wurde: Das Konstrukt einer geraniengeschmückten Altstadt, des Bärenparks und der schönen, heilen, friedlichen und sauberen Welt mitsamt Alpenpanorama. Alles was dieses Postkartenbild (zer)stören könnte – Drogensüchtige, Bettler_innen oder «Schmierereien» etwa – muss weg, respektive an einen Ort, der öffentlich nicht mehr sichtbar ist.

7



Städte müssen attraktiv sein für die Privatwirtschaft. Denn nur eine Stadt, die Unternehmen mit Arbeitsplätzen anziehen vermag und die interessant für private Investor_innen ist, kann im Wettbewerb mit anderen Städten bestehen. Hier spielen die so genannten Standortfaktoren eine zentrale Rolle. Allgemein ausgedrückt, sind Standortfaktoren all jene Faktoren, die zum Beispiel ein Unternehmen berücksichtigt, um den Standort für eine Niederlassung zu wählen. Harte Standortfaktoren sind lokale Bedingungen wie etwa Steuersatz, Verkehrsanbindung, Infrastruktur oder Wohnlage. So genannt weiche Standortfaktoren sind das kulturelle Angebot, Lebensqualität, Naherholungsmöglichkeiten, Schulen, Kitas oder Freizeitgestaltung. Es versteht sich von selbst, dass mit der Ausgestaltung von Standortfaktoren der Stadtpolitik eine gewisse Steuerungsfähigkeit darüber zukommt, für wen die Stadt (attraktiv) gestaltet werden soll. (1)

8

(1) ESP: FÜR EINE «FLORIERENDE WIRTSCHAFT»

Hinter dem Kürzel ESP versteckt sich das Wort «Entwicklungsschwerpunkt», ein kantonales Programm, 1989 ins Leben gerufen. Der Wirtschaft werden «attraktive Flächen bereitgestellt, um so Betriebe anzuziehen und neue Arbeitsplätze zu schaffen. (...) Das ESP Programm zielt darauf ab, an zentralen verkehrsmässig gut erschlossenen Standorten im Kanton Bern Flächen planerisch so vorzubereiten, dass Betriebe sich möglichst rasch ansiedeln oder bauliche Erweiterungen vornehmen können.» Im Rahmen von Entwicklungsschwerpunkten wird ein ganzes Quartier oder gleich mehrere Stadtteile zusammen raumplanerisch reorganisiert, um einen attraktiven Raum für Wirtschaft, Dienstleistung und Wohnen zu gestalten. Der ESP Wankdorf zum Beispiel, bildet in Bern den grössten der 31 Schwerpunkte des Kantons. In die Planung eingebunden werden neben Wohnen auch Freizeitangebote (wie das Fussballstadion, die Allmend, das BEA- Gelände, das Zentrum Paul Klee), die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt (Business Park Bern, Wankdorf City, Hightech-Gürtel Mösli-Schermeren) und der Verkehr (öffentlicher Verkehr und Autobahn). Die Angebote zu den verschiedenen Lebensbereichen sollen «aufeinander abgestimmt» werden und insgesamt der Stadtteil zum «bedeutenden regionalen Wirtschafts-, Sport-, Wohn- und Erlebnisort mit Tausenden von Arbeitsplätzen» werden.

Zitate: Homepage des Kantons Bern zur kantonalen Raumplanung

9

Weiterer wichtiger Faktor für die Städteplanung ist die Wohnbevölkerung. Besonders gewünscht sind Bewohner_innen, die zur gutverdienenden Wohnbevölkerung zählen, die einerseits Steuern zahlen und andererseits helfen einer so genannten «A-Stadt» entgegenzuwirken.

«A-Stadt» ist ein deutlich negativ geprägter Begriff aus der Stadtplanung, um Städte zu bezeichnen, die durch eine «Fehlentwicklung» einen überproportionalen Bevölkerungsanteil an «Alten», «Armen», «Alleinerziehenden», «Ausländer_innen», «Arbeitslosen» oder «Alkoholiker_innen» aufweisen – alles Menschen, die im aktuell vorherrschenden konservativen und kapitalistischen Weltbild als nicht rentabel gelten. A-Menschen haben wenig Geld für Miete, Freizeit oder Konsumgüter, wenig Kaufkraft also – mit ihnen lassen sich die gewünschten Gewinne nicht erzielen, keine teuren Stadtentwicklungsprojekte finanzieren und darüber hinaus stören sie das von Tourismusexpert_innen und Politiker_innen so aufwendig konstruierte Bild der schönen, sauberen und sicheren Stadt. Dass A-Menschen aus einer solchen Perspektive nicht zur Erhöhung der Standortattraktivität einer Stadt beitragen, versteht sich wohl von selbst. (→)

(→) DIE «POSITIVE BILANZ» DES BERNER STADTPRÄSIDENTEN

«Wenn wir anschauen, was wir in den letzten zwölf Jahren geschafft haben, können wir bereits einiges vorweisen. Wir haben die Finanzen saniert, wir haben die A-Problematik gelöst – heute besteht die A-Stadt Bern eher aus Anwälten, Ärzten, Anlegern und reichen Ausländern.»

Auszug aus einem Interview mit
Alexander Tschäppät, Der Bund, 10.03.2012

3. GENTRIFIZIERUNG ALIAS VERDRÄNGUNG UND SEGREGATION

Im stadtpolitischen Kontext führt die Fokussierung auf marktwirtschaftliche Effizienz und Gewinnsteigerung zu einer Verdrängung der als unerwünscht definierten Menschen aus dem städtischen Raum – was natürlich direkt nur selten ausgesprochen wird.

Diese Entwicklung wird durch die Reurbanisierung – die Tendenz «Zurück in die Stadt» – gefördert: Während bis in die 1990er-Jahre eine Stadtflucht zu beobachten war, und die Menschen von den Städten aufs Land oder in die Agglomerationen zogen, zieht es sie heute zurück in die Städte. Neben der um sich greifenden Bodenpreisspekulation, einem politischen Interesse an wohlhabenden Stadtbewohner_innen und einem rekordverdächtigen Tief des Wohnungsleerstandes in der Stadt Bern, steigert diese Rückkehr in die Stadt den Druck auf den vorhandenen Wohnraum. Der Begriff «Gentrifizierung» erfasst daher auch den

11

Prozess der daraus resultierenden Verdrängung und die Segregation (Aufspaltung) in der wissenschaftlichen Debatte.

Durch die Stadtflucht der 1990er nahm die Nachfrage nach Wohnungen in den Städten ab. Zurück blieben Stadtteile, in denen keine_r so richtig wohnen wollte und die deshalb weitgehend von der Stadtplanung und der Privatwirtschaft ausser Acht gelassen wurden, weil dort kein Profit zu holen war. Meist waren dies Quartiere mit einem hohen Anteil alter Bausubstanz, mit Wohnungen, die den «modernen» Ansprüchen nicht mehr genügten. Oft hatten diese Quartiere auf Grund des Wegzuges eher gut Betuchter als bald einen hohen Wohnanteil von Rentner_innen, Migrant_innen und ärmerer Familien zu verzeichnen. Insgesamt galten diese Stadtteile meist als «unattraktiv». Unter solchen Voraussetzungen ist das Angebot an freien und günstigen Wohnungen in der Regel relativ gross. Die «klassische Form» der Gentrifizierung beginnt allgemein mit dem Zuziehen von Künstler_innen, Studierenden und jungen Erwachsenen in eben diese Stadtteile. Sie sind auf der Suche nach günstigem (und zentral gelegenem) Wohn-, Lebens-, und Freiraum. Durch die Initiativen der oft progressiven und kreativen

12

THANKS
GENTRIFICATION!!



TAXES GREW, LANDLORDS
RAISED, ETHNICITIES
DISPERSED.....

NOW WE'RE THE
BEST BALLERS
ON THE BLOCK!

Neuzuzüger_innen, etwa dem Betreiben von Restaurants und Bars oder dem Ansiedeln von anderem Kleingewerbe, wird die Attraktivität des Quartiers in der idealtypischen Beschreibung gesteigert – es wird «hip» oder eben «pulsierend» und lebendig. Nach und nach werden diese eher alternativen Quartiere mit günstigem Wohnraum auch für wohlhabendere Menschen interessant. Junge Doppelverdienerpärchen und andere gut Betuchte fühlen sich vom alternativen Charme des Quartieres angezogen. Sobald dies von den privaten Investor_innen erkannt ist, wird investiert, überbaut und luxussaniert. Mit der Immobilienspekulation und dem Ergrei-

13

(2) DAS BEISPIEL LORRAINE

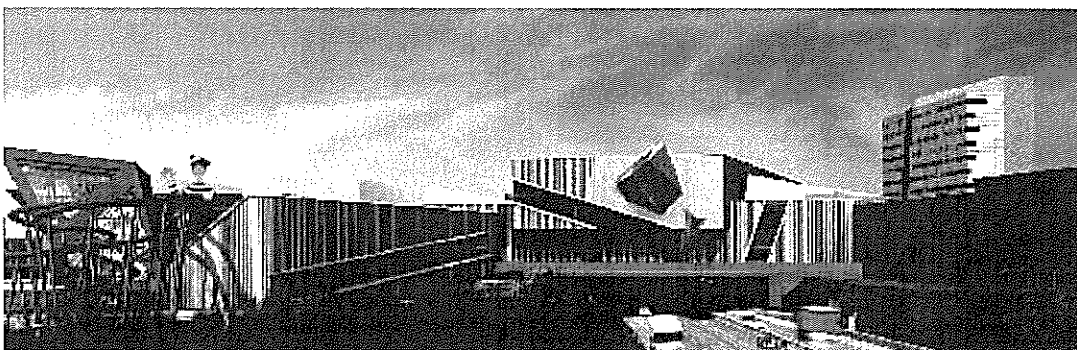
fen wertsteigernder Massnahmen, welche über den blossen Gebäudeerhalt hinausgehen, werden die Mieten in die Höhe getrieben. Aber auch grundsätzlich begrüssenswerte Massnahmen, wie autofreie Strassen für spielende Kinder, wirken sich auf die Mietpreise aus. Als Folge der Mietpreissteigerung wird die ursprüngliche Bevölkerung oftmals gezwungen wegzuziehen – sie können die Mieten in ihrem angestammten Quartier nicht mehr bezahlen. (2)

Ein Beispiel für die «klassische» Gentrifizierung ist das Lorrainequartier. Durch Eigeninitiative der Bewohner_innen wurden in den 1980ern einzelne Häuser saniert. Es entstanden Ateliers und Bars, welche das Quartier als Ganzes interessant werden liessen. Entsprechend stieg die Attraktivität des Quartiers und immer mehr Menschen wollen in die Lorraine ziehen. Plötzlich wurde das Quartier zur lohnenden Investition in der Immobilienbranche. Der günstige Wohnraum ist aus Lorraine nahezu verschwunden und ärmere Bevölkerungsschichten können die Mieten nicht mehr bezahlen – sie sind weggezogen.



In Bern sind es nicht mehr nur die zentral gelegenen Stadtteile, die «aufgewertet» werden, sondern immer mehr auch Quartiere am Stadtrand. Neben der «klassischen», eher schleichenden Form, etabliert sich international zunehmend die Tendenz, den Aufwertungsprozess in «Problemquartieren» bewusst zu initiieren. Die Entwicklung beispielsweise in Bern-West zeigt diesen Prozess besonders gut auf.

15



Die Mieten in Bern-West steigen bereits, der grosse Boom dürfte aber erst noch bevorstehen. Auch weil die Stadtpolitik immer aktiver in die Stadtentwicklung eingreift und die Auftrennung der sozialen Schichtung vorantreibt. An Orten, an denen sie sich eine Aufwertung wünscht, versucht sie mittels Investitionen der öffentlichen Hand oder in Kooperation mit privaten Unternehmen, Anschub für eine weitere Aufwertung zu leisten. In Bern West wird diese Entwicklung zum Beispiel mit dem Neubau des Einkaufszentrums «Westside», der neuen Tramverbindung und dem Neubau des ehemaligen Quartiers Stöckacker Süd gezielt gefördert. (3)

16

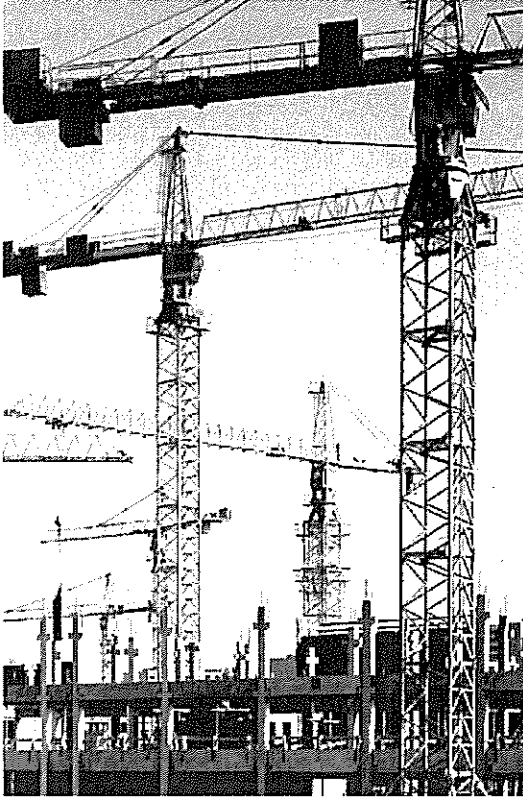
(3) BERN WEST: VOM STADTRAND ZUM IN-QUARTIER

Gründe für die «Umorientierung» des Quartiers sind etwa die Eröffnung des Konsum- und Freizeitempels «Westside» im Gäbelbach, der damit verbundenen neuen Tramlinie und der Sanierungen der Gebäude in der Umgebung. Viele der in der Umgebung des Westside liegenden Wohnungen, sind als Eigentumswohnungen zum Verkauf ausgeschrieben – und das nicht gerade billig. Immer mehr Wohnungen sind für viele alteingesessene Bewohner_innen dieser Gegend kaum noch bezahlbar. Stattdessen werden die Stadtteile Bümpliz und Bethlehem von der Stadtplanung mittels Hochglanzbroschüre zu «IN-Quartieren» stylisiert, wo sich unter anderem auch Künstler_innen und Student_innen ansiedeln sollen; erste Schritte sind von der Stadt mit der Verlagerung der Hochschule der Künste ins Tscharnergut schon unternommen, in den zahlreichen Einfamilienhaussiedlungen der beiden Stadtteile zeichnet sich der gewünschte zunehmende Wechsel der Mieter_innenschaft ab.

17

Gleichzeitig lässt sich in der Neubaupolitik der letzten Jahre eine Verschiebung beobachten. Heute werden Neubausiedlungen eher für gutverdienende Bevölkerungsteile errichtet, was wiederum zu einer Anhebung der Mieten in den umliegenden Altbauliegenschaften führt.

Die Folgen der Gentrifizierung sind sehr vielschichtig und komplex. Ein offensichtliches Resultat ist die zunehmende Segregation in der Stadt, also eine Entmischung der Bevölkerung, sei dies nach sozialen, ethnischen oder demografischen Gesichtspunkten. Die heterogene Bevölkerung, welche durch die Aufwertung aus ihren ehemaligen Quartieren verdrängt wird, separiert sich. Im Extrem entstehen Quartiere für Reiche, für Arme, für Alte, für Ausländer_innen und so weiter. Ironischerweise wird «Aufwertung» – welche Mitauslöser der Gentrifizierung ist – immer wieder mit Bemühungen um soziale Durchmischung begründet. Längerfristig schlägt sich die Aufwertung eines Quartieres aber in den Mietpreisen nieder, der günstige Wohnraum wird rar und verschwindet nach und nach ganz. Aufwertungspolitik ist somit mit sozialer Durchmischung nicht vereinbar – im Gegenteil.



4. LITERATUR UND WEITERFÜHRENDE INFOS...

- Butterwegge, Christoph et al. (Hgg.) (2007): *Kritik des Neoliberalismus*, Wiesbaden, VS Verlag.
- Klein, Naomi (2007): *Die Schock-Strategie: Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus*, Frankfurt a.M, Fischer.
- Holm, Andrej (2010): *Wir Bleiben Alle! Gentrifizierung – Städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung*, Münster, Unrast Verlag.
- Twickel, Christoph (2010): *Gentrifidingsbums oder eine Stadt für alle*, Edition Nautilus.
- Mullis, Daniel (2009): *Gentrification und Neoliberalisierung: Die Berner Stadtplanung im Fokus*. Eine kritische Analyse der Stadtplanungsdokumente am Beispiel des Lorrainequartiers, Bern, Forschungsberichte, Geographisches Institut der Universität Bern.

Im Netz:

- <http://rageo.twoday.net>
- <http://gentrificationblog.wordpress.com>

II. ALLES FÜR'S IMAGE

Neben der quasi handfesten Aufwertung – schöne neue Häuser werden gebaut –, gibt es im Konzept für den «erfolgreichen Standort Bern» weitere Punkte zu beachten. Eine hübsche Umgebung, ausgezeichnete Infrastruktur und ähnliches nützen nämlich wenig, wenn das Image nicht stimmt. Kurz: Bern muss «sicher» und «sauber» sein, beziehungsweise als solches gelten.

Was ist aber gemeint mit einer «sicheren» und «sauberen» Stadt? Offensichtlich geht es dabei nicht um objektive Sicherheit und Sauberkeit, denn statistisch gesehen ist Bern bereits heute weltweit eine der sichersten und saubersten Städte mit einer vergleichsweise sehr hohen Lebensqualität. Von den Wasserfallens, Hayozs und Nausens wird trotzdem immer wieder betont, dass in die Erhöhung der Sicherheit investiert werden muss. Die Polizei klagt beispielsweise seit Jahren, sie habe viel zu wenig

(→) SUBJEKTES SICHERHEITSEMPFINDEN...

...meint Orte oder Gegebenheiten, die persönlich ein unsicheres Empfinden auslösen. Eine Gefahr muss in diesen Situationen objektiv nicht bestehen. Diese persönliche Wahrnehmung ist stark von der gesellschaftlichen Bewertung abhängig. Ein Beispiel: Der öffentliche Raum gilt für Frauen und vor allem bei Nacht als «gefährlich». Dies obwohl die meisten Gewalttaten gegen Frauen nicht auf der Strasse, sondern im trauten Heim geschehen. Trotzdem gelten für Frauen dunkle Strassen als Inbegriff von Gefahr und nicht das schmucke Einfamilienhaus.

Beamt_innen. Also geht es, wenn von «Sicherheit» die Rede ist, vielmehr um das subjektive Sicherheitsempfinden (→) von Herr und Frau Müller, welches verbessert werden soll. Das Unbehagen von Herr und Frau Müller lässt sich aber (bewusst) beeinflussen, um danach politisch bedient und ausgeschlachtet zu werden. Das Gefühl «Angst» muss sich nicht auf eine effektive und objektive Gefahr beziehen, sondern wird massgeblich davon beeinflusst, was gesellschaftlich als «gefährlich» gilt oder eben als solches «verkauft» wird.

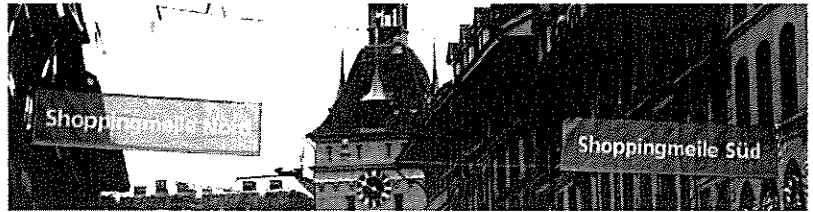
Weit gehende Einigkeit besteht in diesen Kreisen, dass wo Gefahren lauern oder zu lauern scheinen, Interventionen und das Ergreifen von Sicherheitsmassnahmen legitim, wenn nicht gar öffentlich gefordert sind. In diesem Sinne richtet sich der (gesellschaftliche) Fokus auf Orte oder auch Personengruppen, die allgemein als «bedrohlich» konstruiert und dadurch auch so wahrgenommen werden.

Überspitzt formuliert lässt sich folgender Mechanismus beobachten: Ein Problem wird lokalisiert – sehr oft auch konstruiert – um es danach «neutralisieren» zu können. Damit sollte klar sein, dass es von Interesse ist, die Definition von «Gefahren» mindestens mitzubestimmen.

1. DER ENGE RAHMEN EINER POSTKARTE

Wer oder was ist «allgemein bedrohlich» und wessen (angebliches) Bedürfnis wird bei der Definition von Gefahren berücksichtigt?

Vor dem beschriebenen Hintergrund ist die Rechnung relativ einfach: Was nicht in das Image des Standortes Bern passt, wird als bedrohlich präsentiert und damit ein Vorgehen dagegen legitim. Zum zu vermittelnden Bild der Stadt gehören etwa die Aufrechterhaltung von «Ruhe und Ordnung», ein möglichst «störungsfreies» Alltagsleben – auch im öffentlichen Raum – oder der Schutz von Privateigentum. Letzlich alles Komponenten des subjektiven Sicherheitsempfindens von Herr und Frau Müller. Im Postkartenimage der geraniengeschmückten Altstadt finden lärmende Jugendliche, sozial an den Rand Gedrängte, Freiräume oder auch bloss «zu lange» geöffnete Ausgehlokale keinen Platz; sie stören die «Ruhe und Ordnung» oder bedrohen angeblich den öffentlichen Raum als Konsumort. (→)



(→) KONSUM IM ZENTRUM

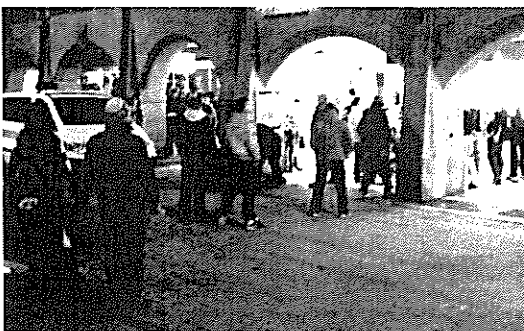
«Shopping wird durch BERNcity zum Erlebnis, weil gesunde Konkurrenz von innen stärkt und Vielfalt schafft. BERNcity vermarktet die Innenstadt als grösstes Einkaufszentrum der Schweiz und macht Shopping unter kilometerlangen Lauben für die Kunden zum Erlebnis.»

Zitat der Homepage von BERNcity, einem Verein, der sich für «eine lebendige Berner Innenstadt» engagiert.

Je länger je mehr ist eine Einengung des akzeptierten Verhaltens zu beobachten; was nicht in die gängigen Normen passt oder passen will, wird als störend empfunden und im Stadtraum immer weniger toleriert. Gerade in den Innenstädten ist diese Entwicklung im Zusammenhang mit der Politik der Standortaufwertung zu sehen. Ein «unsicheres» Gefühl oder «herumlungernde» Menschen gelten als Hemmnisse beim Konsumerlebnis. Mit anderen Worten: Sie sind schlecht fürs Geschäft. Damit werden für den städtischen Raum faktisch Zutritts- beziehungsweise Nutzungsvoraussetzungen geschaffen. Stadtregierungen stellen sich in den Dienst privater Interessen und übernehmen im Namen der Image- und Citypflege die Einschränkung städtischer Räume sowie die Selektion der Menschen, welche diese nutzen sollen und dürfen – oder eben nicht.

23

In diesem Zusammenhang werden Orte plötzlich zu «Unorten» mit gesteigerten Problemstellungen und gesteigertem Bedarf an Sicherheitsmassnahmen. Konkret in Bern etwa die Aarberggasse (4), die Grosse Schanze oder auch der Vorplatz der Reitschule, sie werden zu sozialen Brennpunkten «erklärt».



Aber nicht nur einzelne Orte, sondern auch ganze Personengruppen geraten ins Visier. (→)

(4) DIE AARBERGERGASSE: EINER DER «NEURALGISCHEN PUNKTE» IN BERN

«Neuralgisch» heisst Spannungen verursachend, problematisch; so sei sie, die Situation in der Aarberggasse. 2010 titelte die BZ mit «Kein Wochenende ohne Schlägereien in der Aarberggasse» und schilderte einen dramatischen aber scheinbar normalen Wochenendabend in Berns Gassen mit Pöbeleien, Prügel, Alkohol, Messern und Massenschlägerei. Die Antwort darauf lag nahe: Aufstocken der Polizeipräsenz, vermehrter Einsatz privater Sicherheitsdienste in und vor den Lokalen, Videoüberwachung und, seit Sommer 2011, ein von der Stadt verlangtes, gemeinsames Sicherheitskonzept der Barbetreiber_innen.

(→) DIE KONSTRUKTION POTENTIELL «UNSICHERER» PERSONENGRUPPEN

Die problematisierte Jugend, die durch «übermässigen Alkoholkonsum» und «ausufernde Gewalt» immer wieder für Schlagzeilen gut ist, gehört heute zu den «unsicheren» Personengruppen. Und das Thema Jugendgewalt wird – meist auch rassistisch untermalt – in den Medien immer wieder gross inszeniert, obwohl die entsprechenden Zahlen in der polizeilichen Kriminalstatistik rückläufig sind. Das «Problem der gewalttätigen Jugend» wird durch das ständige Betonen grösser und massiver wahrgenommen als es ist. Diese Methode dient zur Kriminalisierung und Stigmatisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen – neben der Jugend zum Beispiel sozial an den Rand Gedrängte oder Ausländer_innen, welche ein viel höheres Gefahrenpotential aufweisen sollen als die braven, eingegliederten Schweizer Bürger_innen. Anzumerken gilt hier, dass bei SVP und Co. in rechtsextremer Manier Schweizer_in nicht ist, wer einen Schweizer Pass hat, sondern wer der richtigen Blutlinie entspringt. Die Stigmatisierung als gefährlich wird für eingebürgerte Schweizer_innen aufrechterhalten – ihnen wird mit Ausbürgerung gedroht.

25

Die Konsequenz dieser stadtpolitischen Ausrichtung ist eine zunehmend repressive (→) Verdrängungspolitik, denn die «störenden» Jugendlichen, sozial an den Rand Gedrängten oder laute «Ausgehorte» verschwinden kaum von selbst aus dem herausgeputzten Stadtbild. Hierzu wird auf eine Vielzahl verschiedener Massnahmen zurückgegriffen.



(→) REPRESSION...

Der Begriff «Repression» setzt sich aus den lateinischen Worten «re» und «primere» zusammen. Auf Deutsch heisst dies Zurückdrängen. In einem grösseren Zusammenhang ist damit die Unterdrückung der individuellen, sozialen oder politischen Entfaltung durch gesellschaftliche Strukturen gemeint. Im Speziellen trifft dies vor allem Personen, die in ihren Handlungen oder Wertvorstellungen von den gängigen Konventionen abweichen. Konkret zeigt sich Repression zum Beispiel durch einschränkende Massnahmen oder Vorgehensweisen der Polizei.

...KREISLAUF DER VERSCHÄRFUNG?

Bedingt eine sanktionierende Regelung gleich ihr stete Verschärfung? Dies wäre damit zu begründen, dass es die Grundidee einer Strafe oder Sanktion ist, dass sie die Menschen «schützen» soll. Wer sich «falsch» verhält, wird bestraft. Damit sollen Menschen davon abgehalten werden, sich «falsch» zu verhalten. Dies «schützt» die Übrigen und ermöglicht ihnen ein Leben «ohne Angst». Um aber eine abschreckende Wirkung zu haben, muss die Sanktion eine gewisse Schärfe aufweisen. Je härter die Strafe ist, desto bedrohlicher wirkt die Verletzung dieser Regelung auf die übrige Bevölkerung – nicht zuletzt hoch geschaukelt durch mediale und politische Inszenierung. Je bedrohlicher die Verletzung der Regel wirkt, umso mehr wird sie gefürchtet. Um diese Furcht zu besänftigen, muss immer wieder von Neuem demonstriert werden, dass etwas gegen drohende Rechtsverletzungen unternommen wird – als Folge davon werden die Strafen verschärft. Deshalb sind zum Beispiel Gefängnisstrafen plötzlich nicht mehr genügende strenge Sanktionierung, sondern die verschärfte Form der (lebenslangen) Verwahrung wird geschaffen.

27

Einschränkungen von Nutzungsmöglichkeiten vollziehen sich zum Beispiel auf rechtlicher Ebene, einerseits durch neue Verbote, die von der Polizei oder privaten Sicherheitsdiensten durchgesetzt werden. Andererseits weichen städtische Räume immer mehr halböffentlichen oder privaten Arealen, beziehungsweise werden mit einem kommerziellen Angebot quasi «besetzt»(5). Für solch privatisierten Stadtraum können weitere Zulassungskriterien geschaffen werden. Auf privatem Grund gilt das so genannte «Hausrecht» und Zutritt wird nur jenen gewährt, die genehm sind. Bei dir zu Hause zum Beispiel kannst auch du entscheiden, wer dich besuchen darf und wer nicht. In einem kapitalistischen Wirtschaftssystem richten sich diese Zulassungskriterien meist nach der Frage, ob eine Person zur Erwirtschaftung von Gewinn beitragen kann und will. Beliebte und frei zugängliche Treffpunkte ohne Konsumzwang gehen nach und nach verloren. Wer sich den Zutritt nicht leisten kann, muss draussen bleiben.



(5) EINSCHRÄNKUNG DURCH VEREINNAHMUNG

Schon in den 1990er-Jahren machte die Grosse Schanze immer wieder als Drogenumschlagplatz von sich reden. Dass sie unsicher sein soll, schienen die regelmässigen Berichte über begangene Straftaten zu bestätigen. Immer wieder hat die Polizei durchgegriffen und immer wieder sind die Probleme zurückgekommen. Was die Polizei nicht geschafft hat, erledigen nun die Betreiber der sommerlichen Strandbars. Die City- und die Summer-Beach machen die Grosse Schanze wieder zu einem beliebten Ausgehort. Und genau dies ist das Konzept, bestätigt der Geschäftsführer der City-Beach AG gegenüber den Medien. Die Strandlokale werden – nicht nur in Bern – bewusst an problematischen Orten errichtet, um diese durch das Anziehen eines neuen Publikums «zu beruhigen». In der Realität werden Probleme aber nur verdrängt, statt gelöst. Darüber hinaus wird jegliche nicht kommerzielle Art der Nutzung verunmöglicht und Zugang erhält nur noch, wer dazugehören darf.

29

Die Nutzung eines Raumes ist auch durch die architektonische Gestaltung beeinflussbar. Der Umbau des Berner Bahnhofs (6) etwa – Verengung der Passagen, die Verglasung der «Steine», Entfernung von Sitzgelegenheiten – war klar darauf ausgerichtet, die üblichen Ansammlungen sozial an den Rand Gedrängter zu verhindern.



(6) DER NEUE BAHNHOF

Der gesamte Bahnhof ist öffentlich zugänglich, was die Besitzverhältnisse betrifft, ist dieser aber zweigeteilt. Der grösste Teil gehört der SBB, daneben gibt es einen städtischen Teil. Mittlerweile wurde aus dem Bahnhof ein Dienstleistungszentrum, sieben Tage die Woche geöffnet. Am 31. Mai 2008 wurde der neue Bahnhofplatz und die sanierten Passagen eröffnet. Die Steine, welche zur historischen Stadtmauer Berns gehören und vor dem Umbau als beliebter Treffpunkt sozial an den Rand Gedrängter gedient hatten, sind nun hinter Glas. Auch verschwanden sonst alle Sitzgelegenheiten – ausser einige Notsitze . Diese baulichen Veränderungen haben nur einen Zweck: Jene, die sich dort aufgehalten und getroffen hatten, sollen nach der Eröffnung nicht zurück kommen. Am 1. Juni 2008 hat das Berner Stimmvolk mit fast 75 Prozent das «Reglement betreffend die Benützung des städtischen Teils des Bahnhofs Bern» angenommen. Deshalb ist nun unter anderem Folgendes untersagt: Sitzen und Liegen auf Boden und Treppen, Fahren mit Zweirädern, Skateboards, Rollschuhen, Betteln, Ungebührliches Verhalten – was auch immer das sein soll – gegenüber anderen Benutzer_innen, lautes Abspielen von Tonträgern, Wegwerfen und wildes Deponieren von Abfall oder das Mitführen frei laufender Hunde. Wer sich nicht an diese Regeln hält, kann angezeigt werden. Durchgesetzt werden diese Regeln u.a. von privaten Sicherheitsfirmen, wie beispielsweise Securitrans. Der Bahnhof ging damit als öffentlicher Raum und als kostenloser Aufenthaltsort verloren.

31

Mit der Beschwörung der Sauberkeit einer Stadt wird ein weiteres Konstrukt errichtet. Auf der Grundlage von wissenschaftlich kaum bestätigten Theorien, wie etwa der «Broken Window»-Theorie, die besagt, dass Unordnung weitere Unordnung anziehe und somit jede Unordnung im Keim erstickt werden müsse, werden Programme für eine saubere Stadt und damit zum Beispiel gegen Graffiti (7) und Littering ausgearbeitet. Zudem kommt auch hier wieder das subjektive Sicherheitsempfinden ins Spiel. Durch den generellen Unsicherheitsdiskurs, welcher aktuell sehr stark geführt wird, fühlen sich Menschen oft bedroht oder unsicher, wenn Graffitis an den Wänden sind oder Schmutz am Boden liegt. Dass von diesen keine objektive Gefahr ausgeht, erscheint jedoch logisch. Durch diese Assoziationen aber schaden «verschmierte» Wände und Littering jedoch einem gut gepflegten Stadtbild.



(7) GEGEN «VERUNSTALTETE» WÄNDE

Sprayereien gelten als ein Angriff auf das Privateigentum und werden deshalb als Verletzung der herrschenden Ordnung geahndet. Diesem «Kampf» widmet sich in Bern der Verein Casa Blanca. Ziel ist es, die «Verunstaltungen zu bekämpfen» und damit die Stadt zu verschönern. Der Verein wurde 2004 unter anderem von der Stadt Bern, der Gebäudeversicherung des Kantons und dem Hauseigentümergeverband gegründet und hat seine Aktivitäten im April 2005 mit einer zweimonatigen «Initialreinigung» der Stadt Bern von Graffitis gestartet. Seither verspricht der Verein seinen Mitgliedern, dass Sprayereien innerhalb von 48 Stunden entfernt werden. Bei der Gebäudeversicherung kann man diesbezüglich eine Zusatzversicherung abschliessen. Bedingung für die Reinigungsleistung ist jedoch, dass die «Verunstaltungen» bei der Polizei angezeigt werden.

Sogar wer ein Haus oder eine Wand bloss mit Kreide bemalt, macht sich spätestens seit 2003 und dem «Anschlag der Al-Kraida» wegen Sachbeschädigung strafbar.

2. VORVERLAGERUNG UND «PRÄVENTION»

In der Sicherheitspolitik lässt sich als allgemeine Tendenz erkennen, dass der Fokus immer mehr auf der Minimierung einer potentiellen Gefährdung der öffentlichen «Ordnung und Sicherheit» liegt. Die Schwelle der legitimen (staatlichen) Intervention wird stetig herabgesetzt und die Eingriffsoptionen ausgebaut. So wird teilweise ein bestimmtes Verhalten bereits strafrechtlich sanktioniert, bevor eine «anrühige» Handlung überhaupt vollzogen wurde.

Diese Entwicklung hängt nicht zwingendermassen mit einer neoliberalen Stadtpolitik zusammen – in diesem Sinne sind Repression und die Vorverlagerung strafrechtlicher Sanktionierung nicht von neoliberalen Strukturen abhängig, sondern auch ohne diese denkbar. Dennoch machen sich die Stadtpolitiker_innen diese allgemeine Entwicklung im Zuge und als Instrument der Aufwertungspolitik zu Nutze.

(8) ART. 29 POLIZEIGESETZ

Der Wegweisungsartikel findet sich im Berner Polizeigesetz (PolG). Abs. 1 besagt: «Die Kantonspolizei kann Personen von einem Ort vorübergehend wegweisen oder fernhalten, wenn (...) der begründete Verdacht besteht, dass sie oder andere, die der gleichen Ansammlung zuzurechnen sind, die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden oder stören». Unliebsame Personen oder Gruppen, die eine «Problem» darstellen, können so vertrieben werden. Dieses wird damit aber bloss verschoben. Mit Wegweisungen sollen aber auch keine «Probleme» gelöst werden, vielmehr ist es eine Massnahme zur Aufwertung des Stadtbildes. So wurde dieser Artikel klar mit dem Ziel in das PolG eingefügt, um Ansammlungen von sozial an den Rand Gedrängten im öffentlichen Raum aufzulösen. Was stört muss weg – frei nach dem Motto «aus den Augen – aus dem Sinn».

Neu eingeführte Sanktionsmöglichkeiten dienen nicht selten dazu, um «Störfaktoren» aus dem städtischen Raum zu vertreiben. In Bern setzt die Polizei zum Beispiel mit dem Wegweisungsartikel (8) mehr «sittenpolizeiliche» Massnahmen als eigentliche Strafverfolgung um.

(9) REPRESSIVE «SOZIAL»-ARBEIT

Die rot uniformierten Staatsdiener_innen patrouillieren in der Innenstadt und sollen bei so genannten «Nutzungskonflikten» im öffentlichen Raum einschreiten und den Dialog fördern. Bei genauerem Hinschauen bleibt jedoch nichts anderes übrig als der Versuch, der Vertreibungspolitik der Stadt einen vordergründig sozialen Anstrich zu geben. Das Ziel, welche diese «Sozialarbeiter_innen» in staatlichem Auftrag verfolgen, ist eindeutig: das subjektive Sicherheitsempfinden der erwünschten Konsument_innen soll erhöht werden. Einmal mehr werden die Bedürfnisse jener ausgeschaltet, deren soziales Leben sich (fast) ausschliesslich im öffentlichen Raum abspielt. Es liegt in der Natur des widersprüchlichen Auftrages, also dem Spagat zwischen sozialem Engagement und Repression, dass PINTO seinem Leistungsauftrag kaum gerecht werden kann. Da PINTO zwar mit einer Uniform nicht aber mit mehr Kompetenzen als der/die Normalsterbliche ausgestattet ist, bleibt in der Realität nichts übrig, als zur Durchsetzung der Forderungen mit der Polizei zu drohen. Dieses zur Erfüllung der Hauptaufgabe häufig angewandte Mittel der Machtdemonstration macht PINTO zu einem für Betroffene nicht klar einzuordnenden Instrument.

(10) AUSGEHVERBOTE

Jugendliche würden herumhängen, Lärm verursachen und randalieren – die Antwort: Ein Ausgehverbot. Diese liegen zur Zeit im Trend. Nachdem Interlaken 2006 als erste Gemeinde ein Ausgehverbot für unter 16-Jährige verhängt hatte, folgten zahlreiche Gemeinden (zum Beispiel Ins, Kerzers und neusterdings Kehrsatz). Die Gemeinden setzen auf Repression und Verbote, sie zwingen die Jugendlichen nach Hause oder verdrängen sie in Gemeinden, die keine Ausgangssperren kennen. Dabei werden die Jugendlichen notfalls mit Gewalt von den öffentlichen Räumen entfernt. Die Kompetenz zur Umsetzung solcher kommunaler Restriktionen wird meist privaten Sicherheitsdiensten übertragen.

Ergänzend zu den klassisch repressiven Mitteln setzen verschiedene Städte seit ein paar Jahren zusätzlich auf ordnungspolitische Massnahmen. Ein entsprechendes Projekt wurde unter dem Namen PINTO (Prävention, Intervention, Toleranz) auch in der Stadt Bern eingeführt (9).

In zahlreichen Gemeinden werden lärmende Jugendliche, die den öffentlichen Raum «stören», kriminalisiert und mit Ausgehverboten (10) belegt.

3. KONTROLLE UND ÜBERWACHUNG

Nicht nur das Privatleben (→) oder Privaträume, sondern auch der städtische Raum werden immer mehr überwacht. Die Präsenz von Kameras nimmt drastisch zu: In den Innenstädten, in Sportstadien, auf öffentlichen Plätzen und Strassen, in Einkaufszentren und Geschäften oder in (öffentlichen) Verkehrsmitteln. Durch die zunehmende Überwachung soll die Kontrolle über einen Raum gewährleistet werden.

Wie viele Kameras uns auf der Strasse und allgemein im Alltag auf Schritt und Tritt verfolgen weiss übrigens niemand so genau, denn Zahlen gibt es keine. Der Branchenverband Schweizer Errichter von Sicherheitsanlagen (SES) gibt 2011 jedoch an, dass sich die Zahl der verkauften Kameras jährlich verdoppelt und erst kürzlich war in lokalen Medien zu lesen, dass alleine im Bahnhof Bern 200 Kameras installiert sind.

(→) ÜBERWACHUNG DES PRIVATEN

Gleichzeitig mit der stetigen Verschärfung der strafrechtlichen Sanktionierung, werden die Überwachungsbefugnisse ausgeweitet. Video-, Telefon- oder Internetüberwachung werden für die Kontrolle von Personen oder möglichen Gefährdungssituationen technisch immer ausgefeilter. Mit der Lokalisierung von Telefonen oder Onlinedurchsuchungen können umfangreiche Bewegungsprofile und Persönlichkeitsbilder erstellt werden. Menschen nehmen zudem mehr oder weniger freiwillig an der Ausspionierung ihres Privatlebens teil. Entweder wenn sie Kundenkarten der Grossverteiler benutzen und so ihr Einkaufsverhalten speichern lassen, oder wenn sie persönliche Angelegenheiten auf Internetplattformen wie Facebook offenlegen.

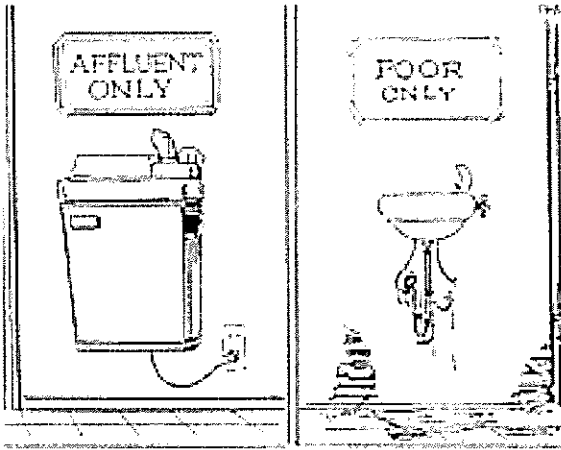
Die Forschung zeigt, dass Überwachung die angestrebten Ziele – zum Beispiel Verringerung von Kriminalität – nicht zu erfüllen mag. Probleme werden nicht gelöst, sondern maximal verschoben und verdrängt. Ironischerweise führt die hohe Präsenz von Kameras eher zu einer Verringerung des subjektiven Sicherheitsempfindens. Die Menschen implizieren ob der hohen Zahl an Kameralinsen, sie seien in einem besonders gefährlichen Quartier, was wiederum dazu veranlasst, noch mehr Kameras aufzuhängen.

39

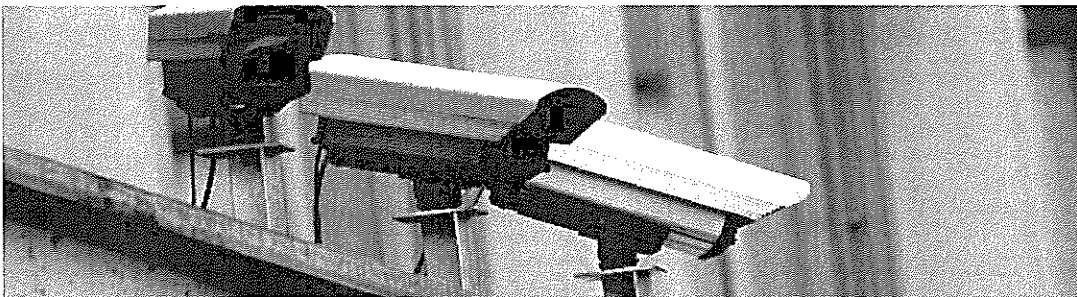
(11) DAS NACHTLEBENKONZEPT

Das Nachtlebenkonzept ist ein 15-Punkte-Programm, welches im September 2012 vom Gemeinderat genehmigt wurde. Vorwiegend neoliberale Parteien haben sich auf die Notwendigkeit eines solchen Konzepts berufen und somit seine Entstehung gefördert. Das Nachtlebenkonzept wird verstanden als Antwort auf die Frage nach dem Nachtleben in Bern, welche für die städtische Politik primär durch das «Tanz dich Frei» 2012 an Brisanz gewonnen hat. Doch während das «Tanz dich Frei» für Selbstverantwortung einsteht, gehen die 15 Punkte des Konzepts in eine ganz andere Richtung. Einerseits soll die Repression verstärkt werden: Parties von Jugendlichen unterliegen einer Bewilligungspflicht, Veranstalter_innen werden mehr oder weniger zur Zusammenarbeit mit privaten Sicherheitsdiensten gezwungen, jegliche Verunreinigung des öffentlichen Raums wird «konsequent gebüsst und angezeigt». Andererseits soll mit der geforderten Liberalisierung der Öffnungszeiten von Clubs das Nachtleben aufgewertet werden. Das Bedürfnis nach Freiraum und individueller Gestaltung wird vom Nachtlebenkonzept vollkommen ignoriert.

Nach dem bisher Gesagten ist kaum erstaunlich, dass Videoüberwachung vor allem Menschen in den Fokus nimmt, die von anderen bei Konsum als störend empfunden werden. Nicht das sich diese Störungen in Luft auflösen sollen – es genügt, wenn sich diese an Orte zurückziehen, die von der Öffentlichkeit abgeschnitten und somit nicht mehr einsehbar sind. Für sozial an den Rand Gedrängte gibt es Alki- oder Fixerstuben sowie Drogenabgabestellen. In diesen isolierten Räumen lassen sich die «Probleme» sodann auch besser überwachen und kontrollieren. In eine ähnliche Richtung geht auch das neu vorgeschlagene Nachtlebenkonzept (11), welches eine neue explizite «Ausgehzone» schaffen will – und in Gebieten ausserhalb dieser Zone aber zahlreiche Verschärfungen und Einschnitte vorsieht.



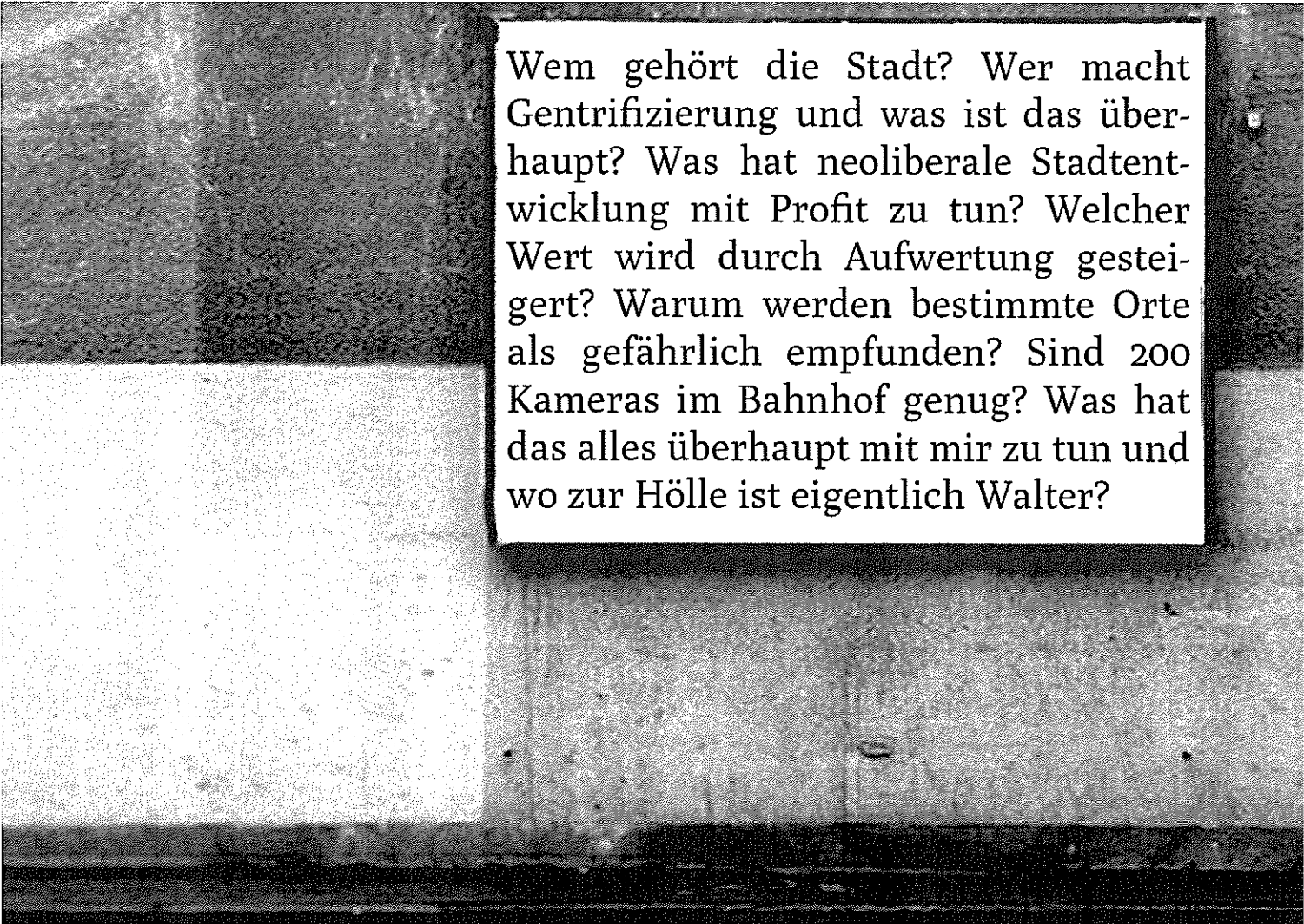
In letzter Konsequenz entstehen so verschiedene Räume für unterschiedliche, vorgesehene Nutzungen, welche von einander getrennt sind und sich nicht (mehr) berühren. So entsteht nicht nur eine Trennung der Räume, sondern auch eine «Entmischung» der Menschen, welche diese Räume nutzen (dürfen).



4. LITERATUR UND WEITERFÜHRENDE INFOS...

- Kunz, Karl-Ludwig (2008): *Kriminologie*, Bern, Haupt-Verlag.
- Eick, Volker et al. (Hgg.) (2007): *Kontrollierte Urbanität. Zur Neoliberalisierung städtischer Sicherheitspolitik*, Bielefeld, transcript.
- Foucault, Michel (2008): *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*, Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Purtschert, Patricia et al. (Hgg.) (2008): *Gouvernementalität und Sicherheit. Zeitdiagnostische Beiträge im Anschluss an Foucault*, Bielefeld, transcript.
- Holm, Andrej/ Gebhardt, Dirk (2010): *Initiativen für ein Recht auf Stadt: Theorie und Praxis städtischer Aneignungen*, Hamburg, VSA.
- Orwell, George: 1984, verschiedene Ausgaben.

III. FAZIT



Wem gehört die Stadt? Wer macht Gentrifizierung und was ist das überhaupt? Was hat neoliberale Stadtentwicklung mit Profit zu tun? Welcher Wert wird durch Aufwertung gesteigert? Warum werden bestimmte Orte als gefährlich empfunden? Sind 200 Kameras im Bahnhof genug? Was hat das alles überhaupt mit mir zu tun und wo zur Hölle ist eigentlich Walter?